K-03

Massiven Ausbau erneuerbarer Energien jetzt starten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	KV Tübingen
Beschlussdatum:	24.08.2022
Tagesordnungspunkt:	K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

Die BDK möge beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, nun zusätzlich ein weiteres Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. EUR für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu erstellen. Dabei sollen auch alle bürokratischen Hindernisse schnellstmöglich beseitigt werden um den Aufbau erneuerbarer Energien stark zu vereinfachen.

Begründung

Immer, wenn die GRÜNEN mit an einer Bundesregierung beteiligt sind, hindert uns ein Krieg daran, unsere eigentlichen Ziele besser zu verwirklichen.

Wir alle haben in den letzten Wochen und Monaten mitbekommen, dass der Krieg in der Ukraine, wofür wir den Aggressor Russland scharf verurteilen, zu einer Gaskrise in Deutschland führen könnte.

Als Reaktion auf diesen Krieg wurde eine Zeitenwende verkündet, die letztendlich bedeutet, dass wir wieder sehr viel Geld für den Verteidigungshaushalt ausgeben.

Eine solche Zeitenwende mit einem Investitionsvolumen von 100 Mrd. EUR würde wir uns auch für den Klimaschutz wünschen. Uns allen ist klar, dass wir 16 Jahre Versäumnisse der bisherigen CDU-geführten Regierungen nicht in sehr kurzer Zeit aufholen können. Die Antwort auf die bevorstehende Gaskrise kann aber keineswegs sein, wie es einige CDU/CSU-Granden, aber leider auch unsere Koalitionspartner FDP fordert, die Laufzeiten der drei noch laufenden Atomkraftwerke zu verlängern oder gar bereits abgeschaltete Atomkraftwerke wieder anzufahren. Dabei übersehen diese Herren sehr gerne, dass es weiterhin keine Versicherung gibt, die das Restrisiko versichern würde. Die Kosten für einen möglichen Großstörfall überschreiten den Benefit CO2-freier Erzeugung von Strom bei weitem.

Die Antwort muss vielmehr lauten, jetzt Genehmigungsverfahren massiv zu beschleunigen. Im Diskussionsforum der BAG Energie war zu vernehmen, dass mehr als 1000 fertig gestellte Solaranlagen im Umfang von mehr als 2GW PV-Freiflächen noch auf eine Zertifizierung warten und deswegen noch keinen Strom liefern. Das war mal wieder ein „Das darf doch wohl nicht wahr sein“-Moment.

Wir sollten alles daran setzen, Hemmnisse wie diese beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu beseitigen.

Für Wohnungseigentümergemeinschaften ist der Aufbau einer Photovoltaikanlage immer noch ein bürokratischer Albtraum. Viele Hausverwalter raten davon ab, wohl wissend, dass sie den Mehraufwand hätten. Wenn sie ihn sich vergüten lassen, bekommt die Rendite ein Problem.

Der Sinn und Zweck mancher Regelungen erschließt sich nur schlecht (z.B. fixe Abregelung von Solaranlagen auf 70% der installierten Leistung).

Selbst kleinste Balkonkraftwerke unterliegen Regelungen, die es nicht einfach machen, ein solches zu betreiben. Wieso sind diese ebenfalls auf 600W beschränkt. Eine einfache Stromleitung sollte in heutiger Zeit immer einen Dauerstrom von mind. 5A (entspricht >= 1100W) vertragen können. Eine spezielle Einspeisesteckdose (Wieland-Stecker) soll dabei ebenfalls zum Einsatz kommen, welche aber wiederum das Betreiben eines Balkonkraftwerks unrentabel machen würde. In den meisten Fällen dürfte sie unnötig sein.

Und wieso macht man sich tatsächlich strafbar, wenn der Zähler rückwärts laufen würde. Anscheinend handelt es sich hierbei wohl um einen Steuerbetrugsstrafbestand. Das kann nur abgewendet werden, wenn man sich einen neuen Zähler besorgt. Muss das alles wirklich so kompliziert sein?

100 Mrd. EUR für den Klimaschutz wären gut investiertes Geld, wenn man davon ausgeht, dass die Folgen der Klimaerwärmung aktuell mit mehr als 750 Mrd. EUR an Schäden beziffert werden. Dies gilt es unbedingt zu vermeiden.

Alles was wir dafür tun müssen, ist sehr viel schneller in erneuerbare Energien einzusteigen. Dabei ist Strom nicht alles, auch Solarthermie kann im Bereich der Gebäudeheizung einen signifikanten Anteil beitragen und sollte entsprechend gefördert werden.

Die Sonne schickt uns ca. 15.000 mal mehr Energie als wir verbrauchen können.

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt mit Uniper nun ein systemrelevantes Unternehmen im Bereich der Gasversorgung. Die Kosten werden kompliziert auf die Verbraucher umgelegt. Gleichzeitig soll die MwSt. auf Gas gesenkt werden und es gibt ein Entlastungspaket.

Anfang 2022 ist der letzte Windkrafthersteller aus Deutschland abgewandert, weil er für sich kein Geschäft mehr sehen konnte. Nun, wenn wir jetzt also endlich anfangen, Windräder für die Energiewende zu bauen, werden wir sie also aus anderen Ländern importieren müssen. Das ist in mehrfacher Hinsicht eine vertane Chance.

Wir können nur hoffen, dass sich die Energieerzeuger mit ihren Übergewinnen wenigstens an den neuen LNG-Terminals beteiligen.